

Antrag 44/I/2022

Beschluss

Beschluss des Parteitages

Transparenz und Ernsthaftigkeit – „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ darf nicht verschleppt werden

Die SPD Berlin setzt sich dafür ein, dass der Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ eine transparente und verfassungskonforme Prüfung erfährt und insbesondere eine Benennung möglicher rechtssicherer Wege einer Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände unter Berücksichtigung des Gesetzesvorschlages der Initiative erfolgt. Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion sowie die sozialdemokratischen und von der SPD vorgeschlagenen Senatsmitglieder werden aufgefordert, die Arbeit der Expert*innenkommission des Volksentscheides weiterhin im Sinne dieser Grundhaltung mit den folgenden Zielen zu begleiten:

- Eine grundsätzliche und dauerhafte Transparenz der Kommissionsarbeit muss gewährleistet werden. Hierzu sollen die Sitzungen regelmäßig im Livestream übertragen und der Abgeordnetenhausfraktion Bericht über den Fortschritt erstattet werden.
- Neben rechtlichen Erwägungen müssen auch sozial-, wirtschafts-, mietpolitische sowie Perspektiven von Mieter*innen in die Kommissionsarbeit einbezogen werden. Der Kommissionsvorschlag soll auf Grundlage dieses breiten Meinungsspektrums entwickelt werden.
- Die Informationsinteressen der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. Enteignen“ werden berücksichtigt.
- Der Kommissionsvorschlag muss innerhalb eines Jahres (im Frühjahr 2023) vorgelegt und im Falle eines positiven Votums für die Möglichkeit einer Vergesellschaftung soll schnellstmöglich ein Gesetz zur Umsetzung erarbeitet werden.

Überweisen an

AH Fraktion, Senat